Der Westen

Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft „Der Westen“, bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung (hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V. und dem Bund Vertriebener aus Elsaß-Lothringen und den Weststaaten e.V.) sowie der Erwin von Steinbach-Stiftung

ISSN 0179-6100 E21949 Heft 3/4 2021 68. Jahrgang www.gesellschaft-elsass-und-lothringen.de

Mülhausen im Elsaß, Tivoli-Anlagen mit dem Monument „Die Arbeit“ (historische Fotografie)

Inhalt

Ein Gesetz zugunsten des Unterrichts in regionaler Geschichte? 2
Ein erfreulich offener „Offener Brief“ an den Präsidenten der Collectivité européenne 3
Die neue Gedenkstätte des 1. Weltkrieges in Dammerkirch 5
Ein neues deutschsprachiges Magazin im Elsaß ...6
Ein unelsässisches Schild am Eingang zum Elsaß
Unruhige Neujahrsnacht in den elsässischen Großstädten 7
Eine zweischneidige Entscheidung des saarländischen Landtages 8
Mit Professor Bernard Vogler hat das Elsaß einen hervorragenden Landeshistoriker verloren ...9
Eine unterelsässische Abgeordnete in der Nationalversammlung zur Covid-Frage 10
Folgen von „Traditionis custodes“ im Erzbistum Straßburg
Zwei Jakobiner über den Regionalismus 11
Verdeckte Finanzierung der zweiten Straßburger Moschee
Buchbesprechung 12
Impressum 15
Hinüber und herüber 16

Ein Gesetz zugunsten des Unterrichts in regionaler Geschichte?

Der Colmarer Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung Yves Hemerdinger hat bei der Generalversammlung, die der Verein „Culture et Bilinguisme d'Alsace et de Moselle – René Schickele Gesellschaft" am 2. Oktober 2021 in Colmar abhielt, mitgeteilt, er habe einen Gesetzentwurf, der die Unterrichtung der Regionalgeschichte in der Grundschule fordere, eingereicht. Bei der Generalversammlung äußerte er sich folgendermaßen: „Im Elsass haben wir nicht die gleiche Geschichte wie in Frankreich. Doch Geschichte, Kultur und Sprache sind untrennbar miteinander verbunden." Eine Regionalsprache sei in einer Kultur und einer Geschichte verwurzelt, deren Besonderheiten man kennen müsse.

Unterstützung hatte Hemerdinger bereits bei der unterelsässischen Senatorin Laurence Muller-Braun gefunden, die in Colmar ebenfalls anwesend war. Sie sprach in Colmar auch das Molac-Gesetz an, dessen ursprüngliche Fassung eine verpflichtende Finanzierung des immersiven Regionalsprachunterrichts durch die Gemeinden vorgesehen hatte, das dann allerdings in wesentlichen Teilen durch den Verfassungsrat ausgehebelt worden war, das ihrer Meinung nach aber wenigstens zahlreiche Parlamentarier aller politischen Lager mobilisiert habe.

Unterstützt haben Hemerdingers Vorstoß auch die elsässischen Abgeordneten der Nationalversammlung Jacques Cattin, Patrick Hetzel, Frédéric Reiss, Philippe Meyer, Jean-Luc Reitzer, Raphaël Schellenberger und Martine Wonner.

Anwesend war am 2. Oktober 2021 auch der Colmarer Bürgermeister, Eric Straumann. Der stellvertretende Bürgermeister von Colmar, Richard Schalck, gab bei der Tagung bekannt, daß in Colmar eine elsässisch-deutsche Immersionsschule in Planung sei. Auch kündigte er die Schaffung eines zweisprachigen Kulturzentrums an. Das Zentrum solle in einem Gebäude der ehemaligen Lehrerbildungsanstalt untergebracht werden. Einen Zeitplan für die beiden Vorhaben nannte Schalck allerdings nicht.

Philippe Mouraux, der Koordinator von „Schick' Lothringen", wurde in den Verwaltungsrat von „Culture et Bilinguisme d'Alsace et de Moselle" gewählt und schlug vor, die nächste Generalversammlung im Mosel-Departement, vielleicht in Bitsch, durchzuführen.

Am Schluß der Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, daß das im Münstertal gelegene Dorf Zimmerbach am 21. Mai 2022 ein „Festival der elsässischen Geschichte" ausrichten werde. Der Bürgermeister, Benjamin Huin, wünscht sich ebenso wie Hemerdinger, die Elsässer möchten aufhören, angesichts der Vergangenheit voller Komplexe zu sein. Das Festival wird sich unter geschichtlichem Blickwinkel drei Fragen widmen: den Epidemien im Elsaß, dem Umweltschutz im Elsaß und der territorialen Verwaltung. Hemerdinger meinte, Frankreich habe den Fehler gemacht, die Republik im Widerspruch zu den lokalen Identitäten aufzubauen.

Hemerdinger verkennt mit dieser geschichtsblinden Äußerung jedoch die Tatsache, daß der französische Staat, schon bevor er eine Republik wurde, gerade dadurch, daß er die fraglichen Territorien annektierte, deren Identität von vornherein in Frage stellte und im Grunde verneinte, ja aus seiner Aneignungsabsicht heraus geradezu verneinen mußte. Die Kausalkette verlief also in geradezu anderer Richtung als der, die Hemerdinger zu unterstellen scheint.

Jean-Marie Woehrling, Präsident von „Culture et Bilinguisme", lobte in einem Gespräch mit dem „Rheinblick" den Vorstoß Hemerdingers, äußerte aber die Meinung, daß er vergeblich sein werde. Er habe in dem zentralisierten Frankreich keine Aussicht auf Erfolg. Die jungen Elsässer kennten ihre Geschichte nicht. Der kulturelle Reichtum des Elsaß müsse der Jugend vermittelt werden. Dazu gehöre auch die Sprache. Ohne Sprache sei eine kulturelle Bindung nicht möglich. Woehrlings weitere Ausführungen bewegten sich dann im Unbestimmten und umgingen, wie üblich, den Kern der Frage wie die berühmte Katze den heißen Brei.

Näher an die Sache heran wagten sich ein paar Sätze in einem von Julien Steinhauser verfaßten kurzen Kommentar zu Hemerdingers Vorhaben. Steinhauser schreibt unter anderem: „Im Elsass würde der Unterricht in Regionalgeschichte eine vollständige Überarbeitung des Geschichtsbuchs von Malet und Isaac mit sich bringen. Es würde bedeuten, zu erklären, dass die ‚Wiederangliederung' des Elsass an Frankreich im Jahr 1648 Waffen, Blut und Tränen kostete und dass Ludwig XIV. 1681 Straßburg belagerte, damit die Stadt dem französischen Königreich ‚beitreten' konnte. Dies ist ungleich schwieriger, als zu beschreiben, wie Rouget de Lisle in Straßburg die Marseillaise anstimmte."

Georges Bischoff, Professor für Geschichte an der Universität Straßburg, bezeichnete in der Rubrik „Point de vue" der „Dernières Nouvelle d'Alsace" vom 10. Oktober 2021 den Gedanken von Hemerdinger als „Schnapsidee". Eric Ettwiller, Präsident der Vereinigung „Unsri Gschicht", widersprach ihm daraufhin in einer Stellungnahme der Vereinigung. Die Geschichte des Elsaß sei die des Oberrheingebiets, von ihr zeuge die Sprache sowohl in ihrer Hochform als auch in ihrer Dialektausprägung. Die Kenntnis der örtlichen Geschichte und Kultur sei das einzige Mittel, die heute am Rhein bestehende Sprachgrenze zu überwinden, die alles Mißtrauen nähre, auch wenn die Deutschfeindlichen das nicht ertrügen.

Bischoff wolle die Lehre der örtlichen Geschichte in andere Verfahrensrahmen der Bildung einfügen. Doch könne ein Museumsbesuch Schülern wirklich die Vielfalt der Geschichte vermitteln? Für Bischoff gebe es nur eine offizielle Geschichte, die Frankreichs, und was sich in den roman national nicht einfüge, dürfe die Neugier der Schüler nicht wecken. Wie anders könne man sich die hartnäckige Weigerung des Staates erklären, der historischen Wahrheit entsprechende Feiern anläßlich des 11. November einzurichten. Es sei ein Verdienst Hemerdingers, die Sprache mit der Geschichte zu verbinden und zu fordern, daß der Unterricht verpflichtend sei. Die überseeischen Gebiete genössen bereits einen an die örtlichen Gegebenheiten angepaßten Lehrplan. Also sei es logisch, wenn im Elsaß und in den anderen Regionen mit starker Identität ebenso verfahren würde.

Quelle u. a.: Dernières Nouvelles d'Alsace vom 12. Oktober 2021

Ein erfreulich offener „Offener Brief“ an den Präsidenten der Collectivité européenne

Nachdem Frédéric Bierry zum Präsidenten der Collectivité européenne d’Alsace gewählt worden war, brachte ihm Dr. Eric Ettwiller, Historiker und Präsident der Vereinigung „Unsri Gschìcht“, in einem Offenen Brief vom Januar 2021 seine Glückwünsche dar. Er legte darin auch seine Erwartungen hinsichtlich des zukünftigen Wirkens der Collectivité dar. Dabei ging er von der „schrecklichen Tatsache“ des im Elsaß zu beobachtenden Niedergangs der deutschen Sprache sowohl in ihrer mundartlichen als auch in ihrer hochsprachlichen Ausprägung aus, der sich in den vergangenen drei Jahrzehnten verstärkt habe.

Im folgenden fand Ettwiller erfreulich ehrliche und deutliche Worte. Die Vereinigung „Unsri Gschìcht“ sehe die Ursache in der seit 1918 betriebenen Verfälschung der elsässischen Geschichte durch eine Gesamtheit von Handelnden: dies seien die Universität, die staatliche Schulbildung, patriotische Vereinigungen, die Regionalpresse. Das Ziel sei es, den germanischen Charakter der elsässischen Kultur zu leugnen. Auf der sprachlichen Ebene werde das dadurch bewirkt, daß man die verschiedenen im Lande gesprochenen deutschen Dialekte – Hochalemannisch, Niederalemannisch, lothringisches Rheinfränkisch, pfälzisches Rheinfränkisch – vom Standarddeutsch trenne, um dieses als eine im Elsaß fremde Sprache erscheinen zu lassen. Der Gipfel dieser Dekonstruktion sei es, wenn die eigene Regionalsprache als Sprache des Nachbarn („langue du voisin“) bezeichnet werde.

Dieses Vorgehen finde sich auch in der Weigerung des Office pour la Langue et la Culture d’Alsace (OLCA), Hochdeutsch als einen wesentlichen Bestandteil des elsässischen sprachlichen Erbes zu betrachten. Während die Elsässer jahrhundertelang unabhängig von deutscher oder französischer Herrschaft standarddeutsch geschrieben hätten, fühle sich OLCA bemüßigt, seinen Jahresbericht im Dialekt zu veröffentlichen, wo der Dialekt doch stets der Literatur und vor allem der Poesie vorbehalten gewesen sei. Man schließe sich ins Groteske ein und schneide sich vom deutschsprachigen Raum ab.

So sei es nicht verwunderlich, daß die Zeitung „Alsace“ am 2. Dezember 2020 Leserzuschriften veröffentlicht habe, die sich über Beschallung der Weihnachtsmärkte mit „deutschen Gesängen“ aufregten. Für die regionale Tagespresse, die vor einigen Jahrzehnten noch mehrheitlich deutschsprachig war, habe Standdarddeutsch im Elsaß nichts mehr zu suchen. „Die wenigen armseligen Seiten, die unserer Sprache noch gegönnt sind, sind es in mundartlicher Fassung, damit man aufgrund ihres oberflächlichen und lediglich humoristischen Inhalts den behaupteten Mangel an Tiefe des ‚Elsässischen‘ bestätigt finde.“

Auf der geschichtlichen Ebene sei der amtliche Bericht über die vergangenen Jahrhundert geradewegs aus dem französischen „roman national“ gezogen, den man so zusammenfassen könnte: Das Elsaß ist französisch, weil es ursprünglich gallisch ist, und alle seine germanischen Bezüge sind nur die Spuren eines schlechten Firnis, mit dem es seit dem Mittelalter bei den verschiedenen deutschen Invasionen bezogen worden ist. Der Deutsche annektiert und besetzt, der Französische vereinigt wieder und befreit.

Das sei, so Ettwiller, die von der staatlichen Erziehung erzählte Geschichte. Nichts von den alemannischen Wurzeln des Elsaß! Nichts von der Zeit, als Barbarossa das Elsaß zum Mittelpunkt des Heiligen Römisch-Deutschen Reiches gemacht habe! „Die Genealogie der Kapetinger muß man den kleinen Elsässern beibringen. Man läßt sie vor der Spiegelgalerie von Ludwig XIV. träumen und vergißt zu sagen, daß der ‚Anschluß‘ des Elsaß an Frankreich durch den Sonnenkönig durch Feuer und Blut vollzogen worden ist. Man läßt sie im Gegenteil durch einen 1932 in Türckheim von der extremen nationalistischen Rechten errichteten Obelisken glauben, der Vicomte de Turenne sei 1675 gekommen, ihr Land zu ‚befreien‘, wo doch Türckheim, das dem französischen Marschall die Hilfe verweigert hatte, den Preis der Gewaltanwendung seiner Soldateska zu zahlen hatte.“

Ein anderes Beispiel seien die Feiern vom 11. November. Alljährlich an diesem Tage brächten die Schulkinder im Rahmen des „Souvenir français“ oder einer anderen patriotischen Vereinigung vor den in jeder elsässischen Gemeinde befindlichen Kriegergedenkstätten den Poilus Ehrungen dar – die doch seinerzeit auf ihre Vorfahren geschossen hatten! Hier hämmere man von kleinauf den Kindern die Lüge von der „Befreiung“ vom „deutschen Joch“ ein. Daß die elsässischen Soldaten des 1. Weltkrieges „Feldgraue“ waren, in den Briefen der Poilus, die man die Schüler lesen läßt, auch als boches verhöhnt, werde diesen verheimlicht. Bestenfalls sage man ihnen, die Elsässer seien von 1914 bis 1918 „gezwungen“ gewesen, in deutscher Uniform zu kämpfen. Die Verwechslung mit der Zwangseinberufung im 2. Weltkrieg werde wissentlich aufrechterhalten. „Die ganze Geschichte des Elsaß scheint hier nichts anderes zu sein als eine lange Wiederholung von Ereignissen in der Erwartung der Finalszene, des endgültigen Kampfes

Hinweis in eigener Sache

Die CD „Gruß aus dem Elsaß“, die den Inhalt einer 1936 auf Veranlassung von Elly Heuss-Knapp hergestellten Schallplatte wiedergibt (siehe den Text in der Ausgabe 3 und 4/2018 des „Westens“), kann zum Preis von 15 EUR bei der Geschäftsstelle der „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e. V.“ in Erfurt (Gustav-Freytag-Straße 10 b, 99096 Erfurt, rudolfbenl@online.de) bestellt werden.

Die vierseitig bedruckte Schallplattenhülle ist der neuen CD beigegeben. Für alle Freunde des Elsaß bedeuten Text und Musik dieser CD eine bereichernde Erinnerung.

des zu einem Nazi reduzierten Deutschen."

Die staatliche Erziehung trage dafür nicht allein die Verantwortung. Diese Darstellung sei die durch den deutschfeindlichen Karikaturisten Hansi gegebene Darstellung, die heute mehr denn je glorifiziert werde. Diese Darstellung gebe auch das Mémorial in Schirmeck, das die elsässische Geschichte auf den 2. Weltkrieg reduziere, als ob man die Geschichte Frankreichs in Vichy und im Rafle du Vélodrome d'Hiver zusammenfassen könnte, und stelle die Verteidiger der deutschen Sprache als Nazi-Kollaborateure hin.

Dr. Ettwiller fragt den Präsidenten der Collectivité, wer denn Lust haben könne, deutsch zu lernen, wenn Hansi diese Sprache als barbarisches Idiom von ebenso bösartigen wie dummen Invasoren darstellt. Wer habe Lust, deutsch zu lernen, wenn das Mémorial die vielhundertjährige germanische Kultur des Elsaß mit der „Germanisation" durch Hitler in Verbindung bringt, den man aus den Lautsprechern toben höre. Welche Gemeinde könne den Mut aufbringen, deutsche Straßennamen zu beschließen, wenn dieses Mémorial einen solchen Schritt mit der Politik des Gauleiters Wagner in Verbindung bringt. Es sei aber daran erinnert, so Ettwiller, daß es in Straßburg Straßennamenschilder in deutscher Hochsprache gegeben habe, bis sie entfernt wurden … in den 1850er Jahren! „Hochdeutsch", eine im Elsaß durch Bismarck und dann die Nazis aufgezwungene Sprache? Was für ein Hohn!

„Das elsässische Volk, seit Jahrzehnten fast ausschließlich dieser Darstellung unterworfen, glaubt nun diesen ganz offensichtlich politisch motivierten Hervorbringungen." Das gehe so weit, daß es sich seiner eigenen Fahne, des Rot un Wiss, schäme. „Um diese zu ‚rehabilitieren', hat eine unterelsässische Senatorin jüngst vorgeschlagen, sie mit dem Wappen zu verbinden, um seine ‚geschichtliche deutsche Last' abzuschwächen (Ami Hebdo vom 20. Dezember 2020)."

Wenn man die ausschließlich negative Bedeutung, die in dem Ausdruck „deutsch" mitschwinge, das als etwas grundsätzlich Fremdes und als Quelle der Bedrohung verstanden werde, in Rechnung stelle, dann dürfe man wohl nicht damit rechnen, man könne die jungen Elsässer für ihre Regionalsprache interessieren. Kein Zauberkunststück könne das bewirken, da die Elsässer in einer krassen Unkenntnis ihrer Geschichte gelassen seien, das staatliche Erziehungswesen die Sprachimmersion als Separatismusdrohung auffasse, die Forderungen der Verteidiger der deutschen Sprache als „Rückbeziehung auf sich selbst", ja als rassistisch angesehen würden und die historischen Farben des Elsaß durch ein wurzelloses, von einer Pariser Agentur erfundenes Logo ersetzt seien.

„Solange die pseudohistorischen Darstellungen nach Western-Schema den Deutschen als den Bösen, den Franzosen als den Freundlichen darstellen, solange die Geschichte des Elsaß verdrängt und die Namen seiner großen Männer in Vergessenheit bleiben, solange das Elsaß nicht stolz seine germanische Kultur zurückfordert (anstatt den Begriff ‚rheinisch' zu verwenden), solange das Mémorial mit der Behauptung einschlägt, unsere doppelte Kultur sei der Treibstoff eines ‚tragischen Geschicks' gewesen, solange ein durchgängiger antibochisme unterhalten wird", könne nichts im Bereich des Erziehungs- und Bildungswesen die Tendenz zum Niedergang aufhalten – bis zum endgültigen Verlust der Identität.

Abschließend rief Ettwiller Bierry dazu auf, mittels der von ihm geleiteten Collectivité eine Wende herbeizuführen. Diese müsse sich aus der Geschichte nähren, aus einer von Nationalismus und ideologischer Parteinahme sowie der absichtlichen Vermischung von germanischer Kultur, deutscher Nationalität und Nazi-Regime gelösten Geschichtsdarstellung. „Unsri Gschìcht" biete dazu seine Mitarbeit an.

In einem späteren Gespräch, das er mit dem „Ami Hebdo" führte, schlug Ettwiller insbesondere Änderungen bei den Veranstaltungen, die am 11. November stattfinden, und die Sammlung der Namen von elsässischen Persönlichkeiten, nach denen Gemeinden Straßen benennen könnten, vor. In Frage kämen zum Beispiel Marie Hart, Eugène (Eugen) Ricklin, die Habsburger, die Hohenstaufen, die Herren von Fleckenstein.

Wie die Faust aufs Auge paßt dazu eine Meldung, die die „Dernières Nouvelles d'Alsace" am 29. November 2021 gebracht haben. Hunderte von Schülern der Klassen CM2 der Schulen in Straßburg-Musau und der Schule in der Vieille-île zu Hagenau begaben sich in zeitlicher Folge der Zeremonien zum 11. November, veranlaßt durch den Souvenir français, auf den Militärfriedhof zu Hagenau, um dort auf den Gräbern der Toten des ersten großen Weltkonflikts, morts pour la France, ein Gedenken durchzuführen. Die Schüler der Klassen der Lehrerinnen Dorffer, Genon und Klein aus der Hagenauer Schule und des Lehrers Hoeltzel aus der Straßburger Schule nahmen dort, auf den Spuren der poilus wandelnd, aussi respectueux que studieux die Grabinschriften (Name, Todestag, Regiment) auf.

Größer kann der Gegensatz zu dem, was die Vereinigung „Unsri Gschìcht" fordert, nicht gedacht werden. Größer kann allerdings auch der Abstand von der historischen Wahrheit nicht gedacht werden.

Quelle: www.unsrigschicht.org

Mitgliedsbeitrag

Die Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung" werden gebeten, den **Jahresbeitrag für 2022** in Höhe von 20 EUR auf das Konto der „Gesellschaft" bei der Sparkasse Mittelthüringen (IBAN DE84 8205 1000 0163 0748 28; BIC: HELADEF1WEM) zu überweisen.

Wer noch fürs Jahr 2021 säumig ist, möchte die Zahlung bitte nachholen.
Bitte kein Bargeld und keine Schecks zusenden!

Wer für im Jahre 2021 getätigte geldliche Zuwendungen eine Bestätigung benötigt und eine solche noch nicht erhalten hat, möge sich bitte an die Geschäftsstelle wenden, am besten auf elektronischem Wege: rudolfbenl@online.de

Die neue Gedenkstätte des 1. Weltkrieges in Dammerkirch

Seit neuestem gibt es im sundgauischen Dammerkirch (Dannemarie) eine Gedenkstätte, die an die Geschehnisse des 1. Weltkrieges erinnern soll. Der Sundgau war von den Kriegsereignissen ja in besonderer Weise betroffen, auch insofern in besonderer Weise, als Randgebiete schon ab 1914 von der französischen Armee besetzt waren (Thann, Masmünster). Ein oberelsässischer Bekannter hat die Gedenkstätte vor kurzem besucht. Ihm ist Lobenswertes aufgefallen, er glaubt aber auch gegen manches Widerspruch anmelden zu müssen.

Auf der positiven Seite stellt er fest, daß die Ausstellungsmacher „ihr Handwerk verstehen“. Die Langeweile, die manche Ausstellungen verströmen, findet man dort nicht vor. Sehr eindrucksvoll sind zum Beispiel die Fotos von „Poilus“, die der Kriegsfotograf Paul Castelnau gefertigt hat. Er hat vor allem senegalesische Schützen fotografiert, die, nachdem sie die schrecklichen Kämpfe bei Verdun erlebt hatten, an der verhältnismäßig ruhigen sundgauischen Front eingesetzt wurden. Bekanntlich war von den drei Frontabschnitten im deutsch-französischen Kampfgebiet die „Vogesenfront“ der verhältnismäßig ruhigste, wohingegen im nördlichen Abschnitt, dem flandrisch-nordfranzösischen, und im mittleren Abschnitt, in dessen Mittelpunkt Verdun stand, viel blutigere Kämpfe tobten.

Insgesamt findet er für die äußerliche Gestaltung also fast nur lobende Worte. Daß man während der ganzen Zeit im Hintergrund von der Marseillaise beschallt wird, läßt sich durch die Tatsache der engen Verbindung dieser als Kriegs- und Kampflied entstandenen Hymne mit der elsässischen Hauptstadt Straßburg allerdings kaum hinreichend erklären.

Doch in inhaltlicher Hinsicht sei doch manches auszusetzen. Der erste Saal geht auf die verschiedenen Wechsel der Staatsangehörigkeit, denen das Elsaß seit dem 17. Jahrhundert unterworfen war, ein. Zum einen ist der Begriff der „Staatsangehörigkeit“ bzw. „nationalité“ für das 17. und das 18. Jahrhundert fragwürdig. Zum anderen schlägt der blau-weiß-rote roman national in einer die Objektivität der Darstellung gefährdenden Weise offensichtlich stark durch.

Kriegsschauplatz Vogensenfront: Am Adlerfelsen (historische Fotografie)

Man „erfährt“, daß aufgrund des Westfälischen Friedens, und zwar aufgrund des Vertrags von Münster, Frankreich das Elsaß 1648 „anschließe“ (rattache) und Straßburg 1681 ins Königreich „eintrete“ (entre). Das sind doch sehr beschönigende Formulierungen, die der Wirklichkeit der französischen Politik unter Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV. nicht gerecht werden. Daß das Römisch-Deutsche Reich 1648 nur diejenigen Gebiete des Elsaß an die Krone Frankreich abgetreten hat, die der Landesherrschaft des Hauses Österreich unterstanden, wird offenbar völlig mißachtet.[1] Die Abtretung des Elsaß als eines geographischen Ganzen durch das Reich fand in Wahrheit ja erst 1697 im Friedensschluß von Rijswijk statt.

Der „Eintritt“ Straßburgs, einer Freien Reichsstadt, erfolgte im Rahmen einer militärischen Aktion nach zweiwöchiger Belagerung (was immerhin nicht verschwiegen wird). Für die Unterwerfung Straßburgs konnte Ludwig XIV. nicht einmal die an den Haaren herbeigezogenen, sich auf den Frieden von Münster und angebliche „Reunions“-Forderungen berufenden Gründe ins Feld führen.

In bezug auf die 200 Jahre späteren Ereignissen ist die Wortwahl eine andere. Hier ist nicht von Anschluß und Eintritt die Rede, sondern, wie üblich, von Annexion. Von dem mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschluß der Nationalversammlung in Bordeaux, in die Abtretung der östlichen Departements einzuwilligen, verlautet kein Wort. Nichts wird zu der Tatsache gesagt, daß der Friede von Frankfurt vom Mai 1871 eine Folge des dem Norddeutschen Bund im Juli 1870 aus nicht stichhaltigem Grund erklärten – und dann verlorenen – Krieges war. Die Opposition im Corps législatif hatte in der Diskussion über die Kriegskredite ja immer wieder geradezu verzweifelt betont, daß ein Grund für eine Kriegserklärung, der von der europäischen Öffentlichkeit als berechtigt angesehen werden könnte, nicht vorliege.

Der im letzten Saal gezeigte Film sei hinsichtlich der geschichtlichen Wahrheit eine Katastrophe. Am Ende des 1. Weltkrieges „befreie“ Frankreich das Elsaß. Auch das ist eine hergebrachte Formulierung. War das Elsaß denn ein Land in Ketten, das man von seinen Ketten befreien mußte? Elsaß-Lothringen hatte 1911 die Autonomie erlangt, es fehlte nur ganz wenig bis zur völligen Gleichstellung mit den anderen Staaten des Deutschen Reiches, insbesondere die endgültige Einrichtung einer monarchischen Spitze, auch wenn der Kaiser aufgrund des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1871 faktisch bereits Landesherr war. (Etwas anderes als ein mon-

archischer Landesherr war in dem grundsätzlich monarchischen Reich nicht denkbar.)
Allerdings werden die dann durchgeführte Einteilung der Bevölkerung in die vier Klassen A bis D mit der Ausgabe entsprechender Karten und die Ausweisungen der Altdeutschen nicht verschwiegen, auch nicht die Tatsache, daß die deutsche Sozialgesetzgebung besser war und deshalb als Lokalrecht erhalten geblieben ist. Die Krise der 20er Jahre, der sogenannte malaise alsacien, wird berührt, doch wie üblich das Wort „autonomiste“ nicht ausgesprochen. Dieses Wort ist im Elsaß bis heute schlichtweg ein Tabuwort.
Der Gipfel der romanhaften Ausschmückung der Geschichte sei aber erreicht, wenn der im letzten Saal gezeigte Film ausführt, 1918 sei es verboten worden, elsässisch zu sprechen, wo Elsässisch doch seit zwei Generationen (!) in allen Familien im Gebrauch gewesen sei. Wie haben die Elsässer denn in der Zeit davor gesprochen? Vielleicht bemüht man demnächst wieder die Albernheit von der durch die botte prussienne unterdrückten keltischen Sprache. Das zu behaupten war bis vor einigen Jahrzehnten ja gängig und wurde von vielen tatsächlich geglaubt (vor allem in Innerfrankreich). Wahrscheinlich waren die Elsässer vor 1870 des Sprechens überhaupt noch nicht mächtig und waren – stumm!
Im Elsaß wurden immer zwei Sprachen gesprochen, zwar im allergrößten Teil des Landes nur die deutsche, doch in den oberen Teilen der unterelsässischen Vogesentäler und im oberen Teil des Kaysersberger Tales von jeher und in einer bürgerlichen Oberschicht der großen Städte seit dem 19. Jahrhundert die französische. Das ist heute anders, tatsächlich ist mittlerweile eine einzige Sprache, die französische, bis zur Alleingültigkeit verbreitet worden. Die Tatsache, daß sie in (fast) allen Familien heute ausschließlich gesprochen wird, ist eine junge Erscheinung. Sie datiert seit – zwei Generationen!
Man könnte, selbst wenn über die Gedenkstätte manches Lobende zu sagen ist, leider feststellen: Auch 2021 im Elsaß nichts Neues! Das ist sehr zu bedauern.

[1] Siehe dazu Rudolf Benl, Der Westfälische Friede, das Elsaß und Frankreich. Zur Erinnerung an den Historiker Alfred Overmann. In: Beilage „Vergangenheit & Gegenwart. Schwerpunktthema – Sonderseiten“ zu: Der Westen, 46. Jahrgang (1999), Nr. 1.

Ein neues deutschsprachiges Magazin im Elsaß

Am 26. Januar 2021 haben die „Dernières Nouvelles d’Alsace“ und „L’Alsace“ ein neues Magazin ins Leben treten lassen: „Rheinblick“, eine Wochenschrift in deutscher Sprache. „Rheinblick“ ist die neue Fassung der alten zweisprachigen Ausgabe „Bleue“. Es ist ein Wochenmagazin von 20 Seiten, das jeden Dienstag erscheint und das die tägliche deutsche Beilage von acht Seiten ersetzen soll, die im März 2020 aufgrund des Covid und der Einsperrung (wie man sagt) eingestellt worden ist. Wenn eine Wochenschrift eine Tagesausgabe ersetzt, ist das natürlich ein Rückschritt, selbst wenn man das Vorhaben grundsätzlich begrüßen muß. „Rheinblick“ wird grenzüberschreitende Informationen von beiden Seiten des Rheins bringen. Die Berichte und die Artikel werden von einer in Mülhausen sitzenden Mannschaft von fünf Journalisten redigiert. Das Magazin hat zwei Teile. Im ersten Teil werden Tagesneuigkeiten aus dem Elsaß sowie den benachbarten deutschen und schweizerischen Gegenden vorgestellt. Der zweite Teil ist der deutschen Kultur und Literatur, dem elsässischen Dialekt, der Gastronomie und dem Fremdenverkehr gewidmet. Für die jungen Leser wird es eine „Journal des enfants“ betitelte Seite geben, doch in deutscher Übersetzung. Mit dem „Rheinblick“ wollen die „DNA“ und „L’Alsace“ ihre Anhänglichkeit an die Regionalsprache des Elsaß und eine örtliche Pressetradition betonen, die stets in den zwei Sprachen, Französisch und Deutsch, veröffentlicht hat. Das ist zumindest überraschend, wenn man an die vergangene Entwicklung denkt.
Die „DNA“, am 1. Dezember 1877 in Straßburg gegründet, sind zunächst nur in deutscher Sprache erschienen. Ab 1921 hat die Zeitungen zwei Ausgaben, eine französische und eine deutsche, angeboten.
„Rheinblick“ soll auch in den Kiosken verkauft werden.

Bernard Wittmann

Ein unelsässisches Schild am Eingang zum Elsaß

Bevor man, vom Vogesenkamm kommend, in Markirch/Sainte-Marie-aux-Mines eintrifft, stößt man auf dieses Schild, das unsere Amtsträger von der Communauté européenne d’Alsace dort jüngsthin haben anbringen lassen, um die Grenze des Elsaß kenntlich zu machen. Ein Pfusch, ein „Flop“, eine wirkliche Handlung identitärer Verwirrung. Abgesehen vom Wort „Alsace“ findet man auf diesem Schild nämlich keine eindeutigen Zeichen unserer elsässischen Identität. Das ehrwürdige Wort „Elsass“ kommt nirgendwo vor und kein einziges deutsches Wort, während die Communauté européenne d’Alsace doch behauptet, sie wolle die Zweisprachigkeit fördern. Aber es kommt noch schlimmer. Das kitschige kommerzielle Logo wurde unserer historischen Fahne „Rot un Wiss“ vorgezogen: eine stilisierte Bretzel – mit den trikoloren Farben! Für das Elsaß, das seine Besonderheiten bekräftigen möchte, bedeutet dieses Schild eine wahre Beresina.
Indem sie die Bretzel im blau-weiß-roten Dreifarb ohne Befragung der Bevölkerung vorzogen, haben unsere Amtsträger, Brigitte Klinkert an der Spitze, sich für eine alberne und folkloristische Fassung der elsässischen Besonderheit entschieden, eine Wahl, die zeigt, daß sie im Widerstreit mit ihren eigenen Wurzeln und mit unserer Geschichte stehen: „Schande auf die, welche unsere Wurzeln verleugnen, unsere Geschichte und die Identität unserer schönen Region Elsaß“, so hatte sich im September 2017 der Bürgermeister von Oberehnheim, Bernard Fischer, auf der Internetseite von Franceinfo unwillig geäußert.
Wenn man dieses Schild sieht, dann

kann man wirklich ernsthafte Zweifel hinsichtlich der Beweggründe des Paares Klinkert/Bierry bei der Organisierung eines Referendums zugunsten der Zweisprachigkeit und des „Rot un Wiss“ hegen.
Am Abend des zweiten Wahlgangs der Regionalwahlen hat der Soziologe Philippe Breton, sonst für seine jakobinischen Haltungen bekannt, in FR3 Alsace die Ablehnung der Liste von Brigitte Klinkert durch die elsässischen Wähler mit dem Fehlen klarer identitärer Anhaltspunkte in ihrem Programm, die sie zum Wahlgang hätten veranlassen können, begründet. Hat sie diese Lektion begriffen?
Warum hat man sich, anstatt alles auf eine nach unten weisende Art zu verwirren, nicht für ein Schild ausgesprochen, das den festen Willen bezeugt, unsere Identität nach dem Modell des unten gezeigten auszudrücken? Ist es die Furcht, unsere Pariser Herren und ihre Sbirren an den Schalthebeln des Grand-Est zu verstimmen?

Bernard Wittmann

Panneau, wie es ist

Panneau, wie es sein sollte

Unruhige Neujahrsnacht in den elsässischen Großstädten

In der Nacht zum neuen Jahr 2022 wurden im Großraum von Straßburg zwei Polizisten durch Mörserbeschuß leicht verletzt, mehrere Dutzend Fahrzeuge in Brand gesetzt und rund 30 Personen festgenommen. In Schiltigheim stoppte die Polizei eine geheime Party, bei der etwa 300 Menschen zusammenkamen.
Besonders die Stadtteile Hautepierre, Kronenburg und Königshofen im Westen der Stadt sowie der Neuhof im Süden waren von Gewalt geprägt. Im Stadtteil Neuhof wurden zwei Polizisten durch Sprengstoff leicht verletzt.
Den ganzen Abend über litten die Besatzungen unter den auf die Fahrzeuge abgefeuerten Mörserstrahlen. Gegen Mitternacht wurde eine Besatzung von einem Mann mit einer Handfeuerwaffe in der Rue de l‘Elsau angegriffen. Eine halbe Stunde später wurde in der Rue de Westhoffen eine weitere Patrouille von einer bewaffneten Person angegriffen. Die beiden bedrohlichen Personen wurden mit Alarmpistolen festgenommen, die Raketen abfeuern sollten.
Dreißig Personen wurden festgenommen, darunter eine Reihe von Minderjährigen, die Raketen, Mörser, Böller und andere Sprengkörper auf die Polizei abfeuerten.
In Mülhausen hat eine gute Vorbereitung durch die Polizei dafür gesorgt, daß man in der Neujahrsnacht alle Ausschreitungen im Griff hatte. Das betraf vor allem das Quartier Drouot, wo in der Neujahrsnacht die Bewohner ein großes Feuer anzuzünden pflegen. Deshalb hatte die Polizei schon am Vortag 600 Holzpaletten beschlagnahmt. Dennoch wurden in der Nacht selbst Holzvorräte mit in Kanistern verstecktem Benzin angezündet. Hunderte von Autos waren in den Vortagen in sicheren Abstellplätzen untergebracht worden, damit sie in der Neujahrsnacht nicht in Brand gesetzt würden.
In Colmar brannten mehrere Fahrzeuge, ohne daß der Höchststand von 2017 und 2018, als 15 Autos brannten, erreicht wurde. Vor allem im westlichen Teil der Stadt wurde Polizei mit Wurfgeschossen und Brandkörpern angegriffen. An zahlreiche Müllbehälter wurde Feuer gelegt. Festgenommen wurden fünf Personen.

*Der denkend gewordene Mensch erlebt die Nötigung, allem Willen zum Leben die gleiche Ehrfurcht vor dem Leben entgegen zu bringen wie dem seinen.
Er erlebt das andere Leben in dem seinen.
Als gut gilt ihm, Leben erhalten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen.
Als böse:
Leben vernichten, Leben schädigen, entwickelbares Leben niederhalten.
Dies ist das denknotwendige, universelle, absolute Grundprinzip des Ethischen.*

Albert Schweitzer
(*14. Januar 1875 in Kaysersberg bei Colmar)

Eine zweischneidige Entscheidung des saarländischen Landtages

Am 19. Januar 2022 hat der saarländische Landtag auf Antrag der von CDU und SPD gebildeten Landesregierung eine Kreditaufnahme von 76,5 Millionen Euro beschlossen, womit der Französischunterricht in allen Kindergärten und Kinderkrippen des Landes gefördert werden soll. Bereits die Hälfte dieser Einrichtungen ist im Saarland zweisprachig. Die Zweisprachigkeit soll sich in der Grundschule fortsetzen, wofür vom Land schon jetzt jährlich 3,1 Millionen Euro aufgewendet werden. Bereits 2014 hatte die damalige Ministerpräsidenten, Annegret Kramp-Karrenbauer, der später ein steiler politischer Aufstieg zuteil wurde, bevor sie ebenso schnell und ebenso steil abstürzte, angekündigt, das Saarland solle bis 2043 vollständig zweisprachig werden (vgl. dazu den „Westen", Ausgabe 3 und 4/2015). Die Entscheidung im Landtag zu Saarbrücken wurde einstimmig getroffen, merkwürdigerweise auch mit den Stimmen der nationalkonservativen AfD.

Wenn Frankreich ein „normales" Land wäre, könnte man sich aus elsässischer Sicht über eine solche Nachricht freuen. Das Problem ist aber, daß Französisch eine erobernde Sprache („langue conquérante") ist und Frankreich eine sich gegenüber der Erlernung anderer Sprachen abschließende Sprachdiktatur darstellt.

Das zwingt das Saarland heute, eine landesweite Unterrichtung des Französischen einzuführen, wohingegen Platt und Hochdeutsch im Moseldepartement seit 1945 mit voller Absicht liquidiert worden sind, damit für Französisch als ausschließliche Sprache Platz gemacht werde.

Nun waren Platt und – in seiner geschriebenen Form – Hochdeutsch die gemeinsame historische Sprache dieser zwei Regionen, des Landes an Mosel und Nied und des Landes an der Saar, die es seit urdenklichen Zeiten den Einwohnern ermöglichten, sich zu verstehen und sich auszutauschen. Platt wird heute in Brasilien von 3 Millionen gesprochen, im Mosel-Lothringen ist es ausgerottet! Wenn nun die Saarländer dazu gebracht werden, französisch zu lernen, ohne daß irgendeine Wechselseitigkeit zugunsten des Deutschen im Moseldepartement (wo es einst zuhause war) stattfindet, hat der französische Sprachimperialismus wieder einmal das Spiel gewonnen. In Paris kann man sich die Hände reiben. Der zweisprachige Unterricht kann im Moseldepartement weiterhin dahinsiechen, wie das seit dem Ende des 2. Weltkrieges der Fall ist, und der Todeskampf des Platt kann sich fortsetzen (in der „maternelle" gibt es keine Kinder mehr, die rheinfränkisch sprächen!). Stellen wir uns darauf ein, daß in drei Generationen das ganze Saarland die Sprache von Molière sprechen wird. Die Sprache Goethes wird unaufhörlich zurückweichen, wie wir das in Luxemburg und in der Schweiz beobachten, wo das Französische alljährlich zum Schaden des Deutschen Boden gewinnt, wobei die Deutschen im Gegensatz zu den Franzosen nichts tun, um ihre Sprache zu verteidigen oder zu fördern. Es genügt aufs Europäische Parlament zu sehen, wo die mit 100 Millionen Sprechern in Europa am meisten gesprochene Sprache sich hinter dem Französischen verkriecht.

In Luxemburg wird Standarddeutsch immer mehr an den Rand gedrängt, die englische Sprache wird allmählich mehr gebraucht als Deutsch, zum Beispiel in der Außenkommunikation der Stadt Luxemburg. Französisch herrscht in der Öffentlichkeit, sowohl in der schriftlichen wie in der mündlichen Form. Wenn es überhaupt zweisprachige Schilder, Straßenschilder, Geschäftsschilder usw., gibt, dann sind es französische und „letzeburgische". Das Deutsche verschwindet. Die luxemburgische Schulpolitik ist unbefriedigend. Viele Kinder tun sich mit dem Erlernen von Schreiben und Lesen schwer, weil sie vor der Einschulung niemals hochdeutsch haben sprechen hören. Kinder aus außereuropäischen romanischsprachigen Ländern (z.B. Afrika, Brasilien) werden immer zahlreicher, und da sich diese mit Französisch leichter tun, soll dieses für sie Alphabetisierungsprache werden. Auch in Luxemburg scheint sich die deutsche Sprache auf einem Todesmarsch zu befinden.

Die saarländische Entscheidung fügt sich in dieses düstere Umfeld ein und ist ein vollständiger Sieg der Parteigänger des alleinigen französischen Sprachgebrauchs in Mosellothringen. Wenn die Saarländer alle französisch sprechen, werden die einsprachig Französischsprachigen im Moseldepartement de facto davon entbunden sein, deutsch zu lernen, um sich mit ihnen zu verständigen. Mit der Zweisprachigkeit im Moseldepartement wird es also nichts werden.

Eine der Folgen der saarländischen Entscheidung wird sein, daß die elsässischen und mosellothringischen Mitarbeiter in den in Frankreich angesiedelten deutschen Unternehmen durch zweisprachige Saarländer und die auf Rechnung französischer Gesellschaften in Deutschland arbeitenden französischen Geschäftsleute ebenfalls durch Saarländer ersetzt werden.

Andererseits könnte Frédéric Bierry sich des saarländischen Beispiels bedienen und in Paris sagen: „Schaut euch an, was unsere Nachbarn machen, während wir weiterhin den Folklorismus nach dem Geschmack des Office pour la Langue et la Culture de l'Alsace (OLCA) finanzieren. Wie lange wollt ihr warten, bis ihr euch bewegt?" Was die Elsässer betrifft, so könnten sie sich an Bierry wenden und ihm sagen: „Legen Sie uns einen Plan vor wie die Saarländer, der jeden Elsässer bis zum Horizont des Jahres 2043 zweisprachig werden läßt, ein Vorhaben, das uns träumen lassen könnte." Was könnte (vom Ausstieg aus dem Grand Est abgesehen) im Elsaß stärker zusammenschweißen als die Sprache? Aber sicherlich wird weder das eine noch das andere geschehen.

Quelle: B.W. Infos/Nachrichten n° 6 - 22.1.2022

Mit Professor Bernard Vogler hat das Elsaß einen hervorragenden Landeshistoriker verloren

Bernard Vogler, emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Straßburg, ist am 2. Dezember 2020 im hohen Alter von 85 Jahren verstorben.

Vogler ist 1935 im Hanauer Land, in Obermodern, als Sohn eines Tischlers geboren. Er entstammte einer damals noch vollständig deutschsprachigen, lutherischen, bibelfesten und bibelkundigen Landschaft, die ihn geprägt hat. Der Geschichte des Protestantismus blieb er immer eng verbunden.

1946 bezog er das Gymnasium in Buchsweiler, dann studierte er Geschichte in Lyon. 1960 errang er das erste Doktorat mit einer Arbeit über das Herzogtum Zweibrücken, 1969 in Paris das zweite mit einer umfangreichen Arbeit über das religiöse Leben in den protestantischen rheinischen Landen in der Zeit vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Als Fachmann für diesen Raum und diese Zeit hatte er eine in Frankreich einzigartige Stellung.

Zunächst arbeitete Vogler als Lehrer in Lyon, wo er eine Kollegin heiratete und eine zahlreiche Familie gründete, dann war er an Gymnasien in Colmar tätig und wurde 1969 Assistent an der Straßburger Universität, 1976 dort Professor. In Straßburg führte er zahlreiche Kolloquien und andere Veranstaltungen zur Geschichte des Elsaß durch, in seinem Haus in Schillersdorf schrieb er seine Bücher und zahlreichen Aufsätze.

Von seinen vielen der Geschichte des Elsaß gewidmeten Büchern sei die Trilogie „Histoire culturelle de l'Alsace" (1994), „Histoire politique de l'Alsace" (1995), „Histoire économique de l'Alsace" (1997) hervorgehoben, wobei er letzteres Werk zusammen mit Michel Hau verfaßt hat. Das unter seiner Herausgabe 1990 entstandene Buch „Alsace, une histoire", eine knappe Zusammenfassung bietend, hat den Schülern, die sich für den Bereich „Langue et Culture Régionale" entschieden hatten, gute Dienste geleistet.

Vogler hat die Medien der Presse und des Funks genutzt, um geschichtliches Wissen zu verbreiten. Er wollte nicht nur Forscher und akademischer Lehrer sein, sondern durch Wirken in der breiten Öffentlichkeit das elsässische geschichtliche Gewissen stärken. Und er wies seine Schüler immer wieder auf die Schätze, die die Archive des Elsaß bieten, hin und ermunterte sie zur Benutzung dieser Quellen.

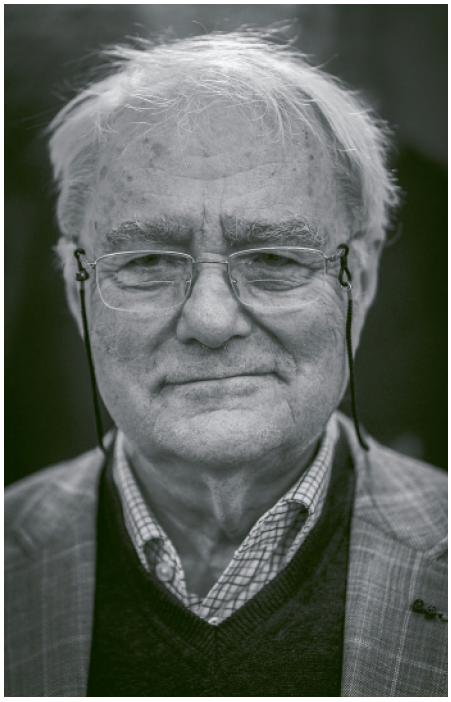

Foto: Claude Truong-Ngoc / Wikimedia Commons - cc-by-sa-3.0

Seine Beziehungen zu den Universitätskollegen waren nicht spannungsfrei. In den 70er Jahren litt er unter der Atmosphäre des französischen Chauvinismus und der Deutschfeindlichkeit, die in der Universität herrschte und deren hauptsächlicher Träger für ihn der Neuzeithistoriker Georges Livet war. Einmal – Vogler war bereits seit zwölf Jahren Professor, und das von ihm geleitete Institut für elsässische Geschichte lag im ersten Stock des Universitätsgebäudes – sprach einer seiner Kollegen vor einer großen Schar von Studenten in bezug auf Voglers Institut von dem „institut teutonique du premier étage". In das Herausgebergremium des „Nouveau Dictionnaire de Biographie Alsacienne" wurde er nicht einbezogen!

Als er äußerte, für ihn seien die goldenen Zeitalter der elsässischen Kultur die Zeit der Renaissance und die Reichslandzeit, wurde er von einem seiner Straßburger Kollegen in einem Gespräch, das dieser mit dem „Nouvel Observateur" führte, scharf angegriffen. Die von ihm 2003 bei Privat in Paris herausgegebene „Histoire de l'Alsace" wurde in der „Revue de l'Alsace" harsch kritisiert. Diese mehr politisch als sachlich-wissenschaftlich motivierten Angriffe haben Vogler hart zugesetzt. Für ihn war das 2005 in Schirmeck eröffnete Mémorial die Darstellung der Gedanken von Alfred Wahl.

Mit Bernard Vogler hat das Elsaß einen Historiker verloren, der seine Geschichte unter Berücksichtigung, wahrheitsgetreuer Wiedergabe und Wahrung ihrer Identität erforschte und darstellte. Das hat ihm Gegnerschaften eingetragen. Zu hoffen ist, daß sich jüngere Historiker durch sein Beispiel ermuntert und ermutigt fühlen, ihm auf diesem schwierigen Weg zu folgen.

Anmerkung:
Die obigen Ausführungen beruhen auf dem Bernard Vogler in „Land un Sproch" (Nr. 219) gewidmeten Nachruf von Fränzi Waag, der Assistent bei Bernard Vogler gewesen ist.

Mädchen und junge Frauen in elsässischen Trachten (historische Fotografie)

Eine unterelsässische Abgeordnete in der Nationalversammlung zur Covid-Frage

Am 24. Februar 2022 hat die französische Nationalversammlung letztmals in dieser Legislaturperiode über die Covid-Frage debattiert. Dabei ergriff auch die elsässische Abgeordnete Martine Wonner (Non inscrits) das Wort. Martine Wonner, die aus dem lothringischen Hayingen stammt, ist Abgeordnete für den 4. unterelsässischen Wahlkreis, der die Kantone Lingolsheim, Hönheim und Illkirch-Grafenstaden umfaßt. Sie richtete sich an den französischen Gesundheitsminister Véran und führte aus: „Sie stehen hier vor der Vertretung der Nation, um einmal mehr zu bekräftigen, daß Ihre Regierung seit zwei Jahren zum Wohle der Franzosen habe zu handeln verstanden. Aber wer kann Ihren wiederholten lächerlichen Ausführungen noch glauben? Die Ergebnisse liegen vor: psychisches Leiden und Unwohlbefinden der Bürger, von denen ein großer Teil in eine unerhörte Unsicherheit geworfen worden ist; massive Zerstörung des Gesundheitssystems; Ungleichheit beim Zugang zur Gesundheitsversorgung; vorprogrammiertes Verschwinden der sozialen Sicherheit; wirtschaftliches Desaster und schwindelerregender Schuldenberg, im Namen eines „Koste es, was es wolle“ aufgeschichtet, um einem gesellschaftlichen Aufstand zu begegnen. Indem Sie das Gemeinwohl vorschoben, haben Sie, ohne die Kranken zu pflegen, eingesperrt; indem Sie das Gemeinwohl vorschoben, haben Sie, ohne zu pflegen, die Einsperrung beendet; indem Sie das Gemeinwohl vorschoben, haben sie fortgesetzt einen Teil der Bürger erniedrigt, sie ihres Berufes, ihres Einkommens beraubend, sie als für eine gesellschaftliche Spaltung Schuldige bezeichnend, die Sie selbst herbeigerufen haben und die Sie nun überhaupt nicht wahrnehmen. Das Volk hat seine Zweifel hinsichtlich der Durchsichtigkeit der von der Europäischen Kommission mit der pharmazeutischen Industrie abgeschlossenen Verträge. Sie haben das laufen lassen: die zur Verteidigung vorgeschobene Geheimhaltung deckt für Sie alles ab. Doch heute können Sie die zerstörerischen Folgen der Impfpolitik nicht mehr verstecken, so sehr explodieren die Daten bezüglich der Folgewirkungen: Fehlgeburten, Myocarditis, Pericarditis, Autoimmunerkrankungen, Guillain-Barré-Syndrome, vielfache Krebserkrankungen, Creutzfeld-Jakob-Krankheit, AIDS … ganz zu schweigen von den Todesfällen, wobei alle Altersstufen, selbst Kinder, betroffen sind. Seit Pasteur niemals mehr erlebt!“

Véran entgegnete den Ausführungen von Martine Wonner mit den Worten: „Die übertreibenden Sätze über den Bruch mit dem Rechtsstaat und der Verfassungsgemäßheit und die komplottistischen Wahnvorstellungen über den Impfstoff, der angeblich AIDS und die Creutzfeld-Jakob-Krankheit verursacht, haben in diesem Rund keinen Platz … Der Impfstoff hat niemals AIDS und die Creutzfeld-Jakob-Krankheit verursacht. Jeder ist hier geschützt, und das ist völlig in Ordnung, weil man sich auf die parlamentarische Immunität beruft und sich frei ausdrücken kann, weil man weiß, daß seine Worte nicht vor der Justiz belangt werden können. Doch die parlamentarischen Mandate enden eines Tages, und diejenigen, die weiterhin gewisse Worte im Munde führen, werden erkennen müssen, daß sie dafür vor der Justiz Rechenschaft ablegen müssen. Ich sage das in bezug auf Madame Wonner.“

Martine Wonner ergriff nach dieser unverhohlenen Drohung erneut das Wort: „Ich bin vom Minister persönlich beschuldigt worden. Er hat mich beschimpft und bedroht, behauptend, mein Mandat werde einmal enden, und ich könnte mich vor Gericht wiederfinden. Muß ich ihm in Erinnerung rufen, daß es die vordringliche Aufgabe von Parlamentariern ist, das Handeln der Regierung zu bewerten und zu kontrollieren? Leider bin ich hier die einzige, die seit zwei Jahren die Art, wie die Regierung auf einer falschen Bahn fährt, brandmarkt. Die durch die Impfung hervorgerufenen Pathologien erfinde nicht etwa ich. Die Daten sind auf der französischen Netzseite der Agence nationale de sécurité du médicament et des produits de santé (ANSM) oder auf der amerikanischen Netzseite, die Sie, Herr Minister, nicht zu kennen schienen, als ich sie letztens zitierte – ich spreche von VAERS (Vaccine Adverse Event Reporting System) – verfügbar.“

Folgen von „Traditionis custodes“ im Erzbistum Straßburg

Nachdem Papst Franziskus am 16. Juli 2021 mit dem Motuproprio „Traditionis custodes“ die Feier der Messe nach dem Missale Pius‘ V., also der sogenannten tridentinischen Messe, in harter Form eingeschränkt hatte, beeilte sich der Straßburger Erzbischof Luc Ravel, dieser Vorgabe in seiner Diözese, die mit 469 inkardinierten Priestern das nach der Pariser Erzdiözese personell stärkste Bistum Frankreichs ist, mit gleicher Entschiedenheit nachzukommen. Er tat das mit einer Ordonnance vom 3. September 2021 und einem vom Kanzler der Diözese, Bernard Xibaut, unterschriebenen, im November 2021 veröffentlichten Dokument. Nur vier Priestern wurde die Erlaubnis erteilt, im Gebiet der gesamten Diözese die Messe nach dem „tridentinischen“ Ritus zu lesen: Christian Gouyaud, Alexander Leonhardt, Florent Molin und Montfort Gillet. Drei Priester dürfen sie nur an einem bestimmten Ort bzw. zu einer bestimmten Zeit zelebrieren: Frédéric Martin am zweiten Sonntag im Monat in Schwabweiler, Ludovic René-Philippe Rakoto nur an seinem „freien Tag“ und Daniel Isel nur vertretungsweise in der Personalpfarrei St. Croix glorieuse. Diese 2006 gegründete, von den Missionaires de la Miséricorde divine betreute altrituelle – also „tridentinische“ – Personalpfarrei darf weiterbestehen. In der Messe muß das Evangelium, so Erzbischof Ravel, gemäß Artikel 3 des Motuproprio „en lange vernaculaire“ verlesen werden. Unter der „einheimischen Sprache“ versteht der Straßburger Erzbischof natürlich die französische. Im übrigen ist die Absicht, den Gebrauch der „tridentinischen“ Messe abzuwürgen, überdeutlich.

Quelle: www.laportelatine.org/actualite/ vom 18. November 2021

Zwei Jakobiner über den Regionalismus

Der sozialistische Politiker Jean-Pierre Chevènement, unter Mitterrand mehrmals Minister, lange Jahre auch Bürgermeister von Belfort, und Benjamin Morel, maître de conférences en droit public, haben sich in einem gemeinsam für den „Figaro“ geschriebenen Artikel, der am 27. Mai 2021 in dieser Zeitung erschienen ist, unter dem Titel „Wer ist nach Korsika und dem Elsaß als nächster daran? Verweigern wir uns der Aufschüttung von Statuten à la carte!“ mit Dezentralisierungsbestrebungen in Frankreich auseinandergesetzt. Nach der Schaffung der Collectivité unique de Corse und der Collectivité européenne d’Alsace sei zu befürchten, daß unter dem Deckmantel der Dezentralisierung ein Frankreich von regionalen Gemeinschaften herbeigeführt werde, von denen jede über ein handgestricktes Statut verfüge.

Zum Glück sei die loi Molac, ein Gesetz, das einen allein und ausschließlich in der Regionalsprache gehaltenen Unterricht erlauben wollte, vom Conseil constitutionel weitgehend beschnitten worden.

Wenn Frankreich auch reich durch seine Territorien sei, müsse man sich doch hüten, sie gegen Frankreich als Werkzeug zu verwenden. „Die Republik läßt kein separatistisches Abenteuer zu“, habe zu Recht Präsident Macron am 2. September 2020 gesagt. Rechte und ein besonderes Statut im Namen einer vorgebrachten Identität zu fordern, das genau sei die Definition des Separatismus.

Die Nachbarländer ließen laut erkennen, daß, wenn einmal die Büchse der Pandora geöffnet sei, sie sich nicht mehr schließe. Jahrhunderte der Zentralisierung hätten Frankreich für eine identitäre Unterscheidungssucht unempfindlich gemacht, doch nicht dagegen immunisiert. In Schottland habe die Labourpartei, sich von den Nationalisten bedroht fühlend, deren Forderungen übernommen in der Hoffnung, die Nationalisten an den Rand zu drängen. Durch die Erringung eines besonderen Statuts hätten die Labourleute nur die Legitimierung eines Gegners erreicht, der sie schließlich aus dem politischen Leben hinausgedrängt habe. Am Ende würden die gemäßigten Autonomisten von den nach Unabhängigkeit Strebenden ausgestochen.

In Korsika habe die Collectivité unique nicht nur nicht erlaubt, die Nationalisten an den Rand zu drücken, sondern habe ihnen die Pforten zur Macht geöffnet. Die Augen schlössen diejenigen, die glaubten, die Schaffung einer Collectivité européenne d’Alsace habe das Elsaß besänftigt. Eine Umfrage von Ifop vom 7. Januar 2020 zeige, daß 57 % der Elsässer für eine regionalistische Partei stimmen könnten. Bei den Kommunalwahlen seien diese in die Stadträte von Straßburg, Colmar und Mülhausen eingezogen.

Das Elsaß und Korsika müßten anerkannt werden, aber im Rahmen des allgemeinen Rechts, das die Existenz der Departements und der Regionen erhalte. Man könne über die Reden eines Teils der bretonischen Volksvertreter beunruhigt sein. Es gebe Kandidaten, die Korsika nachahmen wollten und in den Mittelpunkt ihres Programms eine Assemblée de Bretagne stellten, für einige ein Zwischenschritt zu einem Statut nach schottischem oder katalonischem Muster.

Der Regionalismus fresse seine eigenen Kinder. Sie würden nach dem Vorgang der schottischen Labourpolitiker morgen als Opfer eines Vorgangs enden, den sie selbst ausgelöst hätten. Sie sollten verstehen, daß sie das Spielzeug von umtriebigen, gut organisierten, doch kaum repräsentativen Minderheiten seien. Die Meinung könne einem Mehr an Dezentralisation ja günstig sein. Doch eine Umfrage von Ifop vom 13. Dezember 2019 für „L’Aurore“ zeige, daß 63 % der Franzosen, 87 % der LREM-Anhänger der Ansicht seien, man müsse die Einheit der Republik stärken und den Territorien jedes Sonderstatut verweigern.

Von Republikanern, Liberalen und Sozialisten sei die Dezentralisierung noch nie als Mittel zur Förderung von Gemeinschaftsdenken (communautarisme) gedacht gewesen, sondern als Mittel zur Demokratisierung der Politik. Die politische Verantwortlichkeit, die öffentliche Ethik erhöben die Forderung, die Einheit und die Stabilität der Nation an die erste Stelle zu setzen.

Den Verfassern des Artikels ist insofern sogar zu danken, als sie die jakobinischen, ungeschichtlichen, rein mechanistischen Denkweisen einer in Frankreich seit 200 Jahren einflußreichen Schicht deutlich aussprechen. Daß Chevènement dem derzeitigen Präsidenten Macron nahesteht, dessen Wahl er 2017 befürwortet hat, sei abschließend betont.

Verdeckte Finanzierung der zweiten Straßburger Moschee

Obwohl die Finanzierungslage für die zweite Straßburger Moschee seit Monaten schlecht aussah, sind die Bauarbeiten plötzlich wieder aufgenommen worden. 31 Millionen Euro fehlten noch im Frühjahr 2021, und es war schon damals zu vermuten, daß ohne Geldflüsse aus dem Ausland die Arbeiten nicht beendet werden könnten. Seitdem sind über Köln Gelder nach Straßburg geflossen, und auch der französische Staat hat beigetragen.

Anfang 2021 hatte Innenminister Gérald Darmanin die Finanzierung der Moschee Eyyub Sultan und ihrer zwei 44 m hohen Minarette noch verhindern wollen, weil die Moschee der türkischsprachigen islamischen Bewegung Millî Görüş, die sich weigere, den Islam unter die republikanischen Werte zu stellen, gehöre. Frédéric Bierry, der Präsident der Communauté européenne d’Alsace, hatte daraufhin sofort die zugesagte Subvention zurückgezogen, und am 16. April 2021 ruderte auch die Straßburger Stadtverwaltung zurück. Die Moscheebauer blieben aber nicht lange ohne Geld. Man findet in der Liste der Spender in der Höhe von 50 000 und 60 000 Euro zwei durch den Staat und durch die Kollektivitäten über die Agence de l’environnement de la maîtrise de l’énergie (ADEME) Privatpersonen, Unternehmen und Vereinigungen zugewendete CEE (Certificat d’économie d’énergie)-Prämien, die die Wärmeoptimierung bezwecken.

Hermann Hiery: Deutschland als Kaiserreich. Der Staat Bismarcks. Ein Überblick. Wiesbaden (S. Marix) 2021, 479 Seiten (ISBN 978-3-7374-1167-7).

In seiner Ankündigung stellt der Verlag das von Hermann Hiery, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bayreuth, verfaßte Buch „Deutschland als Kaiserreich. Der Staat Bismarcks. Ein Überblick“ als eine vom Üblichen abweichende Darstellung, als Verwirklichung einer andersartigen Sicht auf den 1867/1871 geschaffenen deutschen Nationalstaat vor.

Der Autor selbst schreibt in seinem Vorwort, seine Absicht sei es gewesen, ein Lesebuch zur deutschen Geschichte jener Jahrzehnte vorzulegen und Anregungen zu geben, die vielleicht zu einer Neubewertung des ersten deutschen Nationalstaates führen könnten. In dem Vorwort findet sich auch der bedenkenswerte Satz: „Es ist zumindest fraglich, ob wir und unsere Zeit, unsere Urteile und unsere Wege von der Zukunft so beurteilt werden, wie wir das gerne hätten, zumal unsere jetzige Gegenwart den Sinn und die Berechtigung eigener gegenwärtiger (nicht vergangener) Schuld, Schuldfähigkeit und Schuldmöglichkeit, schon gar Scham, nicht mehr zu kennen scheint –, das war in der Vergangenheit doch noch anders. Im negativsten Fall mag unsere eigene, positive Sicht der Gegenwart letztendlich in einer völligen Verdammung der Zukünftigen enden.“

In einer Zeit, da die Tyrannei des Einheitsdenkens, der scheinbaren Alternativlosigkeit und der vielfach strafbewehrten Verpflichtung zu manichäisch-dichotomischer Bewertung von Zuständen, Ereignissen, Personen, die nur Gut und Böse, Weiß und Schwarz zuläßt, nicht mehr bloß zu befürchtende (und noch zu vermeidende) Gefahr darstellt, sondern längst schlimme Wirklichkeit ist, sind solche Sätze höchst angebracht.

Hat der Autor seine Absicht verwirklichen können? Ich möchte das Urteil vorwegnehmen und schon hier die – dem Urteil anderer Leser natürlich nicht vorgreifende – persönliche Ansicht äußern, daß der Autor und sein Verlag nicht zuviel versprochen haben. Das Andersartige der Darstellung liegt vor allem in dem Sich-Einlassen auf das Konkrete des behandelten Zeitabschnitts. Dadurch daß Hiery sehr nahe an die Geschehnisse herantritt, ermöglicht er perspektivische und relativierende Blicke, vermeidet also das sattsam bekannte „Besserwissen“ des Historikers, das die Folge eines in großer Entfernung eingenommenen vorgefaßten und unveränderlichen Standpunktes ist, aus dem heraus die Ereignisse, Zustände und Personen dann beleuchtet werden.

Der Buchtitel läßt vermuten, daß die Darstellung den Zeitraum bis 1918 umfasse. Doch endet der Verfasser bereits mit dem Abgang Bismarcks von der politischen Bühne, bricht also mit dem Jahre 1890 ab. Ein zweiter Band, der dann bis 1918 führen würde, ist aber offenbar geplant (S. 406). In 13 Kapiteln stellt Hiery die außenpolitischen und militärischen Geschehnisse, die zur Reichsgründung führten, dann die Reichsverfassung, das Parteienwesen und die Presse im Reich, die Reichstagswahlen, den sogenannten Kulturkampf, das Sozialistengesetz, die Sozialgesetzgebung und das Zusammenspiel der Reichsorgane und der Bundesstaaten dar. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird nicht in einem eigenen Kapitel geschildert, sondern im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen berührt. Das geistige, künstlerische und wissenschaftliche Leben wird nur stellenweise gestreift.

Der Autor hat vor Jahrzehnten mit seiner Dissertation, die 1986 unter dem Titel „Reichstagswahlen im Reichsland“ erschienen ist, einen bemerkenswerten Beitrag zur Geschichte des Elsaß und Deutsch-Lothringens vorgelegt, und so nimmt der diesbezüglich interessierte Leser das Buch natürlich mit der Erwartung in die Hand, das Reichsland Elsaß-Lothringen gebührend berücksichtigt zu finden.

Ausgangspunkt sind die zwei Staatengründungskriege, die Deutschland – genauer gesagt: der Deutsche Bund und Preußen sowie 15 Jahre später Österreich und Preußen – wegen des Herzogtums Schleswig gegen den sogenannten dänischen Gesamtstaat (Konglomeratstaat) führte (1848–1850, 1864). Als Beispiele für andere aufgrund von Staatengründungskriegen entstandene Staaten führt Hiery die USA, Italien und Israel an. Auf die sich infolge des Vorwiegens dänischer Bevölkerung in Nordschleswig ergebenden Schwierigkeiten geht Hiery ausführlich ein.

Es folgt die Darstellung des dritten Staatengründungskrieges, des Bruderkrieges von 1866, wobei Hiery die Unklarheiten und Unsicherheiten, die sich aus den Eigentümlichkeiten des österreichischen Kaiserstaates, der teils zum Deutschen Bund gehörte, zum Teil außerhalb desselben stand, hervorhebt. In Zusammenhang mit dem Attentat Cohen-Blinds auf Bismarck zitiert er aus dem Abschiedsbrief des Attentäters den Vorwurf, Bismarck schließe Bündnisse mit Feinden Deutschlands; denn Italien werde mit Venetien nicht zufrieden sein, sondern auch Tirol und Triest nehmen. Bezeichnenderweise werden diese Worte in dem Wikipedia-Artikel über Cohen-Blind nicht zitiert.

Bemerkenswert ist der Textausschnitt aus der vier Tage nach Königgrätz erschienenen Ausgabe der „Landshuter Zeitung“, die als Sicht der katholischen Landbevölkerung Bayerns vorgestellt wird. Es heißt darin, daß den „wortreichen, aber thatenarmen Deutschen das Glück wohl nicht in den Schooß geschüttet werden“ könne, daß sie, „nachdem sie lange genug eitel geschwätzt, gesungen und toastirt, ohne nach fester Gesinnung und ernster gesunder That zu streben“, sich eine bessere Zukunft mühsam verdienen müßten. „Die zwieschlächtige, kraft- und saftlose, liberalthuende Deutschthümelei muß uns erst ausgetrieben werden.“ Diese klare Aussage zeigt, daß sich auch in katholischen Kreisen die Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, daß die zerfahrene Wiener Politik kein Konzept hatte, das den Wünschen der großdeutsch Gesinnten hätte entsprechen und den realistischen Absichten Bismarcks hätte entgegengesetzt werden können, die auf eine deutsche Teileinigung, allerdings auch auf eine Spaltung Deutschlands hinausliefen. Die Bewahrung der Habsburgermonarchie bei gleichzeitiger Umwandlung des Deutschen Bundes in einen bundesstaatlich organisierten deutschen Nationalstaat wäre der Quadratur des Kreises gleichgekommen. Nicht zuletzt die Quellentexte, die Hiery über das Buch verstreut, machen es zu einem Lesebuch, was ja auch in

der Absicht des Autors gelegen hatte, und führen unmittelbar in die Auseinandersetzungen der Bismarckzeit.
Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, den er als ersten deutschen Nationalstaat – deutschen Teilnationalstaat – bezeichnet, stellt der Autor ausführlich dar und erklärt ihn aus den Vorstellungen der Zeit heraus. Es wird deutlich, welch großen Fortschritt dieser Rechtstext darstellt. Ein Ausschnitt aus einer Rede Johannes von Miquels unterstreicht das. Interessant sind die Ausführungen über die Diskussionen, die im Norddeutschen Reichstag bezüglich der Abschaffung bzw. Beibehaltung der Todesstrafe geführt wurden.
Dem Einfluß, den Frankreich – hindernd, kaum fördernd, doch stets fordernd – auf die Nationalstaatsbildung Deutschlands ausübte, widmete Hiery großen Raum. Hingewiesen sei auf den Abschnitt aus einer Rede, die der Sozialist August Bebel im September 1867 im Norddeutschen Reichstag gehalten hat und in der er sich als Nationalist gebärdete. Er beklagte, Bismarcks beschuldigend, den Verlust Luxemburgs. „Luxemburg, ein altes Glied des Deutschen Reiches, ist trotz der Versicherungen, die man im vorigen Reichstage uns gegeben, factisch für Deutschland verloren gegangen“. Und er brandmarkte die – später nicht verwirklichte – Absicht, Nordschleswig dem dänischen Königreich zu überlassen, wodurch „Norddeutsche Grenzmarken abermals“ preisgegeben würden. Inwieweit dies ehrlich gemeint war oder lediglich das Vorlegen einer nationalen Maske bedeutete, ist – ebenso wie bei den Äußerungen seines Genossen Wilhelm Liebknecht, der sich 1875 in einer in Meerane gehaltenen Ansprache als Reichsfeind bekannte, weil nicht das ganze Deutschland mit Wien im Süden zu diesem Reich gehöre (S. 167) – schwer zu entscheiden.
Der vierte Staatengründungskrieg wurde durch die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen ausgelöst. Hier hätte Hiery deutlicher machen können, daß Preußen als Völkerrechtsobjekt in bezug auf Außenpolitik- und Kriegführung durch die Gründung des Bundesstaates Norddeutscher Bund 1870 bereits nicht mehr bestand und Frankreich dies sehr wohl gewußt hat, es also auch gewußt hat, daß es mit der Kriegserklärung nicht mit Preußen, sondern mit dem gesamten aus zwei Königreichen, fünf Großherzogtümern, fünf Herzogtümern, sieben Fürstentümern und drei Freien Städten bestehenden Norddeutschen Bund in militärische Auseinandersetzung geraten werde, von den mit dem Norddeutschen Bund durch Schutz- und Trutzverträge, von denen Frankreich gewußt haben muß, verbundenen drei süddeutschen Mittelstaaten ganz zu schweigen.
Hiery unterstreicht die wesentliche Rolle des durch den Norddeutschen Reichstag vertretenen Volkes bei der (Wieder-)Herstellung der Kaiserwürde. Die am 18. Dezember 1870 im Präfekturgebäude zu Versailles, dem Quartier des preußischen Königs, erfolgte Aufnahme der unter dem Präsidenten des Reichstages, Eduard Simson, stehenden Kaiserdeputation durch König Wilhelm bezeichnet Hiery als Kaiserakklamation, als erste der beiden Staatsgründungszeremonien, deren zweite am 18. Januar 1871 die Kaiserproklamation durch den die deutschen Fürsten und Freien Städte vertretenden badischen Großherzog war. Sie fand im Versailler Schloß statt, was Hiery zu Unrecht als besondere Provokation Frankreichs wertet. Wo anders hätte die Proklamation, die ja vor einer viel größeren Menge und unter Beisein fast aller deutschen Fürsten vor sich gehen sollte, in Versailles durchgeführt werden können als im größten Saal des Schlosses? Im Freien ließ sich mitten im Winter die Feierlichkeit ja nicht begehen.
Daß der Frankfurter Friede Stadt und Festung Belfort bei Frankreich beließ war nicht eine Kompensation für die Abtretung von Metz. Die Abtretung von Metz war bereits Bestandteil des Präliminarvertrages. Bei der Kompensation handelte es sich um die Abtretung westlich von Diedenhofen gelegener Dörfer an Deutschland gegen die Erweiterung des Rayons von Belfort, das man von vornherein bei Frankreich belassen wollte.
Höchst interessant sind die Ausführungen über die Höhe der französischen Kriegsentschädigung – fünf Milliarden Goldfranken – und deren In-Vergleich-Setzung mit ähnlichen Zahlungen, die weltweit im zeitlichen Umfeld geleistet wurden, sowie über die Verwendung dieser Gelder. Ausführlich geht Hiery auf die politischen und psychologischen Auswirkungen der Niederlage und der Abtretung der drei östlichen Departements auf Frankreich ein. Diese Auswirkungen waren bekanntlich langfristig und ein wesentlicher Faktor bei der Auslösung des 1. Weltkrieges.
Das Bündnissystem, das Bismarck – weitgehend erfolgreich – anstrebte, in dem alle Mächte außer Frankreich, von dem Bismarck von vornherein nicht annahm, daß es ein freundliches Verhältnis zu Deutschland wünsche, ein Interesse an guten Beziehungen zu Deutschland haben würden, schildert Hiery eingehend. Über die deutsch-französischen Beziehungen, soweit sie jenseits des rein Politischen lagen, schreibt er (S. 90): „Deutsche und Franzosen verband insgesamt nur wenig, zu wenig, miteinander. Zwar blieb Französisch auch nach dem Krieg von 1870/71 die erste moderne Fremdsprache auf den allermeisten deutschen Gymnasien, aber man lernte Französisch mit der Intention, Dinge nicht so machen zu wollen wie die Franzosen. Auf der anderen Seite war die deutsche Sprache in Frankreich so gut wie tabu.“ Zum Teil wäre dem Autor hier zu widersprechen. Auf dem Gebiet der bildenden Kunst, vor allem der Malerei, machten die Deutschen auch nach 1871 sehr wohl vieles so wie die Franzosen – ein Paris-Besuch gehörte für die meisten deutschen angehenden Maler fast unabweisbar zur Ausbildung –, auch in der Literatur wurden manche Anregungen aus Frankreich aufgegriffen – trotz des weitgehend unfreundlichen Windes, der von dort ostwärts wehte.
Die Bedeutung des Militärs war wie in anderen aus Staatengründungskriegen hervorgegangenen Staaten – Hiery verweist wieder auf die USA und Israel – groß, doch, so betont er, „wäre es verfehlt, das Kaiserreich eindimensional als militärischen Obrigkeitsstaat beschreiben zu wollen. Heinrich Manns berühmt-berüchtigter Roman Der Untertan war eine Gesellschaftssatire. Sehr realistisch war dagegen die Darstellung des deutschen Wendehalses, der sich mit allen Umbrüchen in Gesellschaft und Politik arrangiert“ (S. 97). Das braucht man allen, die die deutsche Gegenwart einschließlich der jüngstvergangenen Jahrzehnte erleben, nicht zweimal zu sagen!
Für viele Leser neu und wissenswert dürften die ausgebreiteten Einzelheiten der Auswirkungen, die der Föderalismus des Reiches auf das Heereswesen hatte, sein. Bei den Ausführungen zur Reichsverfassung, in der weder der Begriff „Kaiserreich“ noch der Begriff „Monarchie“ vorkam (S. 112) und die im wesentlichen mit Ausnahme der Anpassungen, die durch den Beitritt Bayerns, Württembergs, Badens und der zwei südlichen Provinzen des Großherzogtums Hessen erforderlich waren,

der Verfassung des Norddeutschen Bundes entsprach, behandelt Hiery etwas breiter die bayerischen Reservatrechte. „…der Bismarcksche Nationalstaat war keine einfache deutsche Kopie des französischen: Das Deutsche Kaiserreich war eine Einheit in Verschiedenheit“ (S. 196).

Bei der am 21. Januar 1871 in der zweiten bayerischen Kammer erfolgten Abstimmung über die Beitrittsverträge wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht und überschritten. Hiery schlüsselt das Ergebnis nach den acht Kreisen (heute Regierungsbezirken) auf, was erkennen läßt, daß nur die Abgeordneten des Kreises Niederbayern und des Kreises Oberpfalz und Regensburg mehrheitlich dagegen stimmten. Betrachtet man alle drei altbayerischen Kreise, stellt man fest, daß sich die Befürworter und die Ablehnenden die Waage hielten. Letzteres gilt auch für die aus dem Kreis Unterfranken und Aschaffenburg stammenden Abgeordneten. Die Abgeordneten aus Mittelfranken und die aus der Pfalz stimmten ausnahmslos für die Anschlußverträge (S. 104). Letztlich sicherten die Abgeordneten aus den fünf neubayerischen Kreisen die Annahme der Verträge.

Zu Recht sehr ausführlich geht Hiery auf die zentralen Institutionen ein, das Amt des Kaisers, das des Reichskanzlers einschließlich der Reichsämter und den Reichstag. Die Fragen der Reichsfarben, der Reichsflagge, einer „Reichshymne“, eines Nationalfeiertags – der „Sedanstag“ wuchs niemals in die Stellung eines Nationalfeiertags hinein –, der Reichszugehörigkeit, der Einführung einer gemeinsamen Reichswährung, einer fürs gesamte Reich gemeinsamen Zeit werden unter Anführung vieler bemerkenswerter Einzelheiten behandelt. Sehr ausführlich widmet sich Hiery dem Reichstagswahlrecht und den Wahlen selbst. Die zitierten Ausführungen des Staatsrechtlers Robert von Mohl zum Wahlrecht enthalten den Satz: „Ebenso ist die Feststellung eines Alters, in welchem ein eigenes Urtheil über öffentliche Dinge wenigstens möglich ist, eine Naturnothwendigkeit. Selbst der tollste Demagoge kann doch Kinder nicht wählen lassen wollen.“ Eine beherzigenswerte Warnung in einer Zeit, in der demagogische Parteien die immer weitere Absenkung des Wahlalters anstreben – was sie teilweise schon erreicht haben –, um die Wahlergebnisse unreifen, durch schlechte Schulbildung beeinflußten und verbildeten Jugendlichen auszuliefern!

Die Parteien – Deutschkonservative, Reichspartei (in der der Unterelsässer Johannes Hoeffel, Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Zabern von 1890 bis 1907, eine gewisse Rolle spielte), Nationalliberale, Fortschrittspartei, Zentrum, Sozialisten, Deutsch-Hannoversche Partei, Polen –, ihre Programme, ihre Führer, ihre örtlichen Schwerpunkte, ihre Auf- und Abschwünge stellt Hiery auf nicht weniger als 50 Druckseiten vor.

Dem Pressewesen ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Man erfährt, daß die Hochburg des Pressewesens im Kaiserreich die Stadt Posen mit zwölf Tageszeitungen, davon acht polnischsprachigen, gewesen sei und daß in Metz mit nicht einmal 70 000 Einwohnern 1912 sechs Tageszeitungen, davon drei französischsprachige, erschienen seien. „Diese große Zahl an Zeitungen im Deutschen Kaiserreich ist aber nicht allein wegen ihrer Quantität beeindruckend. Sie spiegelt eine Meinungspluralität wider, die man heute zunehmend vergeblich sucht“ (S. 179). In Elsaß-Lothringen wurden außer den drei Metzer Zeitungen in französischer Sprache noch das „Journal d’Alsace-Lorraine“ (Straßburg) und „Le Nouvelliste d’Alsace-Lorraine“ (Colmar) herausgegeben. Interessant ist die Nachricht, daß der Versuch der bayerischen Regierung, die Presse – natürlich nur eine regierungstreue – finanziell zu stützen, durch die Ablehnung der zweiten bayerischen Kammer 1872 gescheitert ist. Demgegenüber hat die Bundesregierung Merkel in ihrer Endphase finanziell schwächelnden, aber politisch genehmen Zeitungen ungestraft Finanzspritzen aus Bundesmitteln zukommen lassen.

Sehr ausführlich wird der sogenannte Kulturkampf dargestellt (S. 194–275). Keines der anderen Kapitel des Buches erreicht den Umfang dieses Kapitels. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Auseinandersetzungen in der Doppelerzdiözese Gnesen-Posen gelegt, wo sich die weltanschaulichen, religiösen und nationalen Gesichtspunkte überlagerten und verstärkten. Interessant vor dem Hintergrund der nun schon seit zwei Jahren mit der „Corona“-Begründung laufenden staatlichen Verbote und Einschränkungen ist die Tatsache, daß, als in Preußen 1874 das Erfordernis der Genehmigung von Prozessionen und Wallfahrten eingeführt wurde, als einer der Gründe „die mögliche Verbreitung ansteckender Krankheiten“ vorgeschoben wurde. Daß der doktrinäre Liberalismus der Haupttreiber war, wird deutlich gemacht.

Deutlicher hätte herausgearbeitet werden müssen, daß die Verschärfung der Kulturkampfgesetzgebung im wesentlichen eine aus Prinzipienreiterei hervorgegangene Folge der Verletzung der Anzeigepflicht durch die Bischöfe war; die Anzeigepflicht wurde von Leo XIII. dem preußischen Staat aber nach seiner Wahl zum Papst sofort zugestanden. Zu den Folgen des „Kulturkampfes“ zählt Hiery die Tatsache, daß „die Geistlichen beider großen christlichen Konfessionen in Deutschland letztendlich wirklich zu religiösen Staatsbeamten“ geworden sind. Sie verhielten sich auch so, das habe die „Coronakrise“ hinlänglich bewiesen. „Die Staatsabhängigkeit und Staatshörigkeit [Es ist eher eine Parteienhörigkeit! d. A.] der beiden deutschen Kirchen mag viele Ursachen haben. Das langfristige Urteil der Geschichte kann nur lauten: Am Anfang war der Kulturkampf. Ob Bismarck das für gut befunden hätte, das steht auf einem anderen Blatt.“ Um diese Hörigkeit verstehen zu lehren, könnte man allerdings auch andere Stichwörter anführen, z. B. Kirchensteuer und Staatsleistungen.

Umfangreich ist auch das zehnte Kapitel, das sich dem Sozialistengesetz widmet und der Partei, gegen die es gerichtet war, der Sozialistischen Arbeiterpartei. (Hiery schreibt meistens von Sozialdemokraten, obwohl sich die Partei erst 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannte.) Ihre zumindest anfängliche Verflechtung mit gewaltbereiten und gewalttätigen Anarchisten und Nihilisten wird zu Recht herausgestellt.

Dann wird aber so getan, als ob mit dem Wydener Parteitag von 1880, also erst zwei Jahre nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, sich alles urplötzlich zum Besten gewendet habe. Der Satz: „Erst durch Wyden wurde die deutsche Sozialdemokratie zu der Partei, die sie im Wesentlichen heute noch ist: sozial, demokratisch-parlamentarisch, pragmatisch, nicht ideologisch“ (S. 319) ist auch hinsichtlich seiner zweiten Hälfte falsch. Die Worte, die Bebel im März 1880 im Reichstag und die er im April 1880 in einem sozialistischen Presseorgan zur Wehrbereitschaft und zur Vaterlandsliebe gefunden hat (S. 322–324), würden heute zum Ausschluß sogar dieses Parteigründervaters führen, wenn von

seinen heutigen Genossen nicht zu seinem Gunsten unterstellt würde, daß sie nur taktisch, also unehrlich gemeint gewesen seien. Allein die Aussage, daß der – deutsche – Boden dem Volke gehöre, „das auf ihm lebt“, würde genügen, ihm ein Verfahren der Partei, die es verabscheut, von einem deutschen Volk zu reden, zuzuziehen. Der von Hiery zitierte Ausspruch Bebels (S. 210) „die große Masse der Menschen sind Gefühlsmenschen, wirklicher Verstand ist bei den wenigsten vorhanden“ war und ist die Handlungsanweisung seiner Partei. Vor derzeitigem Hintergrund bemerkenswert sind die Ausführungen über die Haltung der damaligen Sozialisten zum Impfzwang. Tempora mutantur …
Das Kapitel „Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung“ beschreibt sehr ins Einzelne gehend, dadurch für den Leser sehr aufschlußreich die Inhalte der Sozialgesetze.
Das Kapitel „Gelebter Föderalismus“ enthält auch einen dem Reichsland Elsaß-Lothringen gewidmeten Abschnitt (S. 394–406). Hiery betont, der Friede von Münster und die ihm folgenden gewaltsamen „Reunionen“ seien in Deutschland als schwere Wunden empfunden worden, andererseits habe die Zeit Napoleons und seiner Kriege für die Elsässer einen Wendepunkt bedeutet.
Daß die Reichstagsabgeordneten am 18. Februar 1874 über die von Teutsch, dem Abgeordneten für den Wahlkreis Zabern, abgegebene Erklärung lachten, bedeutete kein Auslachen, wie Hiery leidet schreibt. In seinem Buch über die Reichstagswahlen im Reichsland hatte er seinerzeit ganz richtig geschrieben, man habe gelacht, weil Teutsch seine Erklärung in gewollt radebrechendem Deutsch verlesen habe obwohl er, wie jedermann wußte, tadellos deutsch zu sprechen vermochte. Daß das der Grund für die Erheiterung der Abgeordneten war, hat auch Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 3. März 1874 deutlich ausgesprochen.
Die zitierte Äußerung des französischen Geschäftsträgers de Gabriac (S. 398), wonach Bismarck den Anschluß des Elsaß und Lothringens als Fehler bezeichnet habe, ist völlig unglaubwürdig. Bismarcks Bedauern bezog sich stets nur auf Metz, dessen Einbeziehung auf die Militärs zurückging, die darauf bestanden hatten. Bemerkenswert ist die Großzügigkeit, mit der man auf die anfängliche Unlust der jungen Elsaß-Lothringer, Militärdienst zu leisten, Rücksicht nahm. Auch daß in Elsaß-Lothringen während der fast 50 Jahre der Reichslandzeit nur ein einziges der auf Todesstrafe lautenden Urteile vollstreckt wurde, ist hervorzuheben. Bezeichnend für die geradezu leisetreterische Vorgehensweise besonders zur Zeit des Statthalters Edwin v. Manteuffel ist das von diesem ausgesprochene Verbot eines zum 70. Geburtstag Bismarcks geplanten Fackelzuges, weil ein solcher die französisch gesinnten Straßburger verletzen könnte.
Hiery schildert die sprachlichen Verhältnisse im Reichsland, den Aufbau der Verwaltung, die Sprachenpolitik in bezug aufs Schulwesen. Dem Kenner der Verhältnisse sagt er hier nichts Neues. Aber wer kennt im heutigen Deutschland schon die Geschichte des Elsaß und Deutsch-Lothringens? Im übrigen werden die Wirkungsweisen der Bundesstaatlichkeit an zwei „Fallbeispielen“ dargestellt: an der Absetzung des bayerischen Königs Ludwig II. und an den Besonderheiten, die sich mit dem Fürsten Heinrich XXII. Reuß Aelterer Linie verknüpften.
Das letzte Kapitel des Buches, das dreizehnte, schildert die Folgen der zwei Thronwechsel des Jahres 1888 und den erzwungenen Abgang Bismarcks.
Auf den Folgeseiten finden sich der Nachweis der herangezogenen gedruckten Quellen (S. 443), eine Aufstellung nützlicher Hilfsmittel (vorwiegend Handbücher und Lexika) (S. 444 und 445), eine Übersicht empfohlener und vom Autor natürlich auch benutzter Sekundärliteratur (S. 446–449), der Anmerkungsapparat und ein Orts- und Personenindex. Der Anmerkungsapparat erscheint mit nur 320 Anmerkungen für ein so umfangreiches und so viele Einzelheiten bietendes Buch fast schmal. Die Nachweisungen sind also teilweise recht summarisch, und es wäre zu wünschen, daß in einer zweiten Auflage alles dichter belegt würde.
Zum Abschluß sei das obige Urteil wiederholt: Das sehr lesenswerte Buch von Hermann Hiery ist geeignet, eine neue Sichtweise auf die ersten zwei Jahrzehnte, also die vom Fürsten und Reichskanzler geprägten Jahre, des im wesentlichen von Bismarck geschaffenen Reiches anzuregen.

Dr. Rudolf Benl

IMPRESSUM

DER WESTEN

ISSN 0179-6100

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft „Der Westen“, bestehend aus der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung (hervorgegangen aus dem Bund der Elsässer und Lothringer e.V. und dem Bund Vertriebener aus Elsaß-Lothringen und den Weststaaten e.V.) sowie der Erwin von Steinbach-Stiftung

Geschäftsstelle:
Dr. Rudolf Benl
Gustav-Freytag-Straße 10 b
99096 Erfurt, Deutschland
Telefon: (0361) 3 45 65 78
E-Post: rudolfbenl@online.de

Sonderkonto:
Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach-Stiftung e. V.,
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE84 8205 1000 0163 0748 28
SWIFT-BIC: HELADEF1WEM

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:
Dr. Rudolf Benl

Grafik & Satz:
sdt Erfurt

Druck:
Stempel Turtschan
Bergrat-Voigt-Straße 22
99087 Erfurt, Deutschland

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Einsender von Manuskripten u.ä. erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Alle Angaben ohne Gewähr. „Der Westen“ wird allen Mitgliedern ohne besondere Bezugsgebühr geliefert.

800 Jahre Dom zu Metz

Am 4. Juli 2021 fand anläßlich der Feierlichkeiten, die schon seit 2019 an die 800 Jahre zurückliegende Grundsteinlegung zum Dom von Metz erinnern, im Dom eine musikalische Nacht statt. Ab 20 Uhr wurden unter anderem eine musikalische Darbietung mit mehreren Trompeten geboten, eine halbe Stunde später ein Konzert mit dem Chor „Harmonia Metensis“, um 21 Uhr ein Konzert mit Trompeten, Pauken und Orgel, um 21.30 Uhr ein Tanzvorführung mit Harfe und um 22 Uhr eine Veranstaltung, die bei Musik von der Triforiumsorgel die Glasmalereien der Rose des südlichen Querschiffs in den Mittelpunkt rückte. Die Komplet um 23 Uhr schloß den festlichen Abend ab.
1220 hatte der Metzer Bischof Konrad von Scharfenberg, Kanzler Kaiser Friedrichs II., den Grundstein zu einem Neubau des Domes gelegt, der den aus ottonischer Zeit stammenden Bau des Bischofs Theoderich ersetzen sollte.

Gewalt zu Halloween

Die Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November 2021, die Nacht der Unsitte des Halloween, die leider auch im Elsaß Fuß gefaßt hat, war in Mülhausen, Sausheim, Illzach, Wittelsheim und Wittenheim von Gewaltausbrüchen begleitet. Das Eingreifen von Polizei, Gendarmerie und Feuerwehr dauerte bis 1 Uhr in der Frühe.
Neun in Brand gesetzte Fahrzeuge (davon drei durch Überspringen des Feuers), fast 30 angezündete Müllbehälter, mindestens fünf Zusammenstöße von zu Banden zusammengerotteten Jugendlichen mit Ordnungskräften, zwei Festnahmen: das ist die Bilanz dieser Nacht. Obwohl die Ordnungskräfte und die Feuerwehrleute oftmals Ziel von Steinwürfen und Brandkörpern waren, gab es auf deren Seite keine Verletzte.
In der Polizeizone war kein Viertel ausgespart, nicht Burzweiler, nicht Coteaux, nicht Drouot. Die Mülhäuser Polizisten wurden von den Compagnies Républicaines de Sécurité unterstützt; eine Halbkompanie war der Direction départementale de la sécurité publique zugewiesen. Dadurch konnte den Herausforderungen sehr rasch begegnet werden. Die Ruhe ist gegen 2 Uhr des Morgens eingekehrt. Das Eingreifen war in der rue Waldner, in der rue du 57e-Régiment-de-Transmission, im boulevard de la Marseillaise, in der rue de Toulouse, in der rue Jean-Martin, in der allée Gluck erforderlich.
In der Gendarmeriezone waren die meisten der Territorialbrigaden mobil gemacht. Eingegriffen wurde in Illzach am Chêne-Hêtre, in Wittelsheim und in Sausheim.

Quelle: www./alsace.fr/faits-divers-justice/2021/11/01

Ein „statut de résident breton“?

Im Zuge regionalistischer und auf Unabhängigkeit zielender Bewegungen wurden am vorletzten Novemberwochenende des Jahres 2021 in mehreren Städten der Bretagne und der Region Loire-Atlantique Demonstrationen durchgeführt, um die Einführung eines Statuts eines wohnsitzberechtigten Bretonen zu fordern. Damit soll der Spannung, die auf dem Immobilienmarkt herrscht, begegnet werden. Ein solches Statut wird von den meisten politisch Verantwortlichen abgelehnt, auch von dem regionalistischen Abgeordneten Paul Molac.
Ein solches Statut würde jede außerbretonische Person verpflichten, vor der Erlangung der Möglichkeit, in der Region Wohneigentum zu erwerben, mindestens ein Jahr dort zu wohnen. Der Gedanke spielte schon im Frühjahr 2021 bei den Regionalwahlen eine Rolle. Das Unabhängigkeit erstrebende Kollektiv Dispac’h und andere regionalistische Bewegungen wollten den Gedanken in die Überlegungen zurückführen und riefen für das genannte Wochenende zu verschiedenen Kundgebungen in mehreren bretonischen Städten auf. Darunter waren Saint-Malo, Guingamp und Morlaix.
Seit einigen Monaten schnellen die Immobilienpreise in der Bretagne in die Höhe, besonders stark in Rennes. Diese Preissteigerung erklärt sich aus zwei Gegebenheiten: der Steigerung der Zahl der Kaufwilligen nach Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze und dem Zuzug von anderswoher. Das Institut national de la statistique et des études économiques sagt für die Zeit bis 2040 400 000 neue Einwohner voraus. Woher diese kommen sollen, darüber kann man sich in – wahrscheinlich berechtigtermaßen etwas düsteren – Ahnungen bewegen.

Seelenmesse für „VGE“

Am 2. Dezember 2021, auf den Tag genau ein Jahr nach seinem Tode, wurde im Straßburger Münster eine Messe für den ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d’Estaing gelesen. Vorher war seiner im europäischen Parlament ehrend gedacht worden. Daß die Medien, auch die kirchlichen, schrieben, die Messe sei en sa mémoire gefeiert worden, beweist, daß selbst in Kreisen, die es eigentlich wissen müßten, nicht mehr bekannt oder nicht mehr gern gesagt wird, daß Messen nicht zur Erinnerung, sondern zum Seelenheil von Verstorbenen gelesen werden. Und gibt es nicht allen Grund, um das Seelenheil dieses verstorbenen Präsidenten besorgt zu sein? Unter seiner Präsidentschaft und Förderung hat Frankreich 1974 den verhängnisvollen Schritt zur „Freigabe“ der Abtreibung getan, einen Schritt, der jeglichem christlichen Sittenverständnis widerspricht. Maßgebend beteiligt war seine damalige Gesundheitsministerin Simone Veil, die, ebenfalls während seiner Präsidentenzeit, 1979 Präsidentin des erstmals in allgemeiner Wahl gewählten Europäischen Parlaments wurde. Giscard d’Estaing arbeitete später eine „europäische Verfassung“ aus, die in Volksabstimmungen 2005 jedoch sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden mehrheitlich abgelehnt wurde, dann allerdings unter Mißachtung der Volksabstimmungsergebnisse 2007 mit dem Vertrag von Lissabon durch die Hintertür doch noch hereingedrückt wurde. Daß er als Staatspräsident das regroupement familial aus Afrika und anderen Kontinenten eingeführt hat, hat Giscard d’Estaing später bedauert. Die Freigabe der Abtreibung hat er niemals öffentlich bereut, doch das scheint ihm die kirchliche Hierarchie, wie ihre Bereitwilligkeit zu hochrangigem liturgischem Aufwand bei seiner Beerdigung beweist, nicht angekreidet zu haben.